



43 - S 734645/21



Die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Mirković und die Bezirksrätin der Grünen Wieden Mag.^a Barbara Neuroth stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 17.06.2021 den folgenden

ANTRAG

betreffend

ÖFFNUNG DER EINBAHN IN DER KAROLINENGASSE FÜR DEN RADVERKEHR

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Stadträtin Mag^a Ulli Sima wird ersucht, die Öffnung der Einbahn in der Karolinengasse zu prüfen und bei positiver Prüfung, die MA46 zu beauftragen, die Karolinengasse für den Radverkehr in beide Fahrtrichtungen zu öffnen.

BEGRÜNDUNG

Die Öffnung von Einbahnen für den Radverkehr ist eine besonders sichere Maßnahme zur Radverkehrsförderung.

Es erlaubt Radfahrenden die direkte Route zu nehmen und verkürzt damit die Wege erheblich. Da durch die Öffnung von Einbahnstraßen die Attraktivität des Radverkehrs massiv verbessert werden kann, ohne dass damit negative Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit oder auf andere Verkehrsteilnehmer:innen verbunden sind, wäre die prinzipielle Öffnung von Einbahnen eine große Erleichterung für Radfahrende und die Verwaltung.

Neben der Schaffung von geschützten Radstreifen ist die Öffnung von Einbahnstraßen eine der kosteneffizientesten Maßnahme, um die Attraktivität und Sicherheit des Radverkehrs zu erhöhen und neue Routen zu erschließen.

Auf der Wieden wird laut Radlobby - wie in Wien allgemein - zu wenig Radverkehr-Infrastruktur um- bzw. ausgebaut, die Projekte sind in den Bezirken ungleich verteilt.

Die Wieden hat laut Statistik der Radlobby von 2003 - 2019 nur 8 Projekte realisiert. Der vierte Bezirk liegt damit wienweit auf Platz 20.

<https://www.radlobby.at/wien/wien-untaetige-bezirkspolitik-bremst-verkehr>

Die Belvederegasse ist zu eng für viele Radfahrende, besonders, für die, die mit Kindern auf und mit Fahrrädern unterwegs sind. Außerdem ist das Verkehrsaufkommen der Belvederegasse höher als auf der Karolinengasse. Deshalb wäre die Möglichkeit des Ausweichens auf die geöffnete Karolinengasse vorteilhaft.

Der Weg zu einigen Kindergärten und einer Schule für viele Eltern und ihre Kinder wäre dann um vieles sicherer.